

PHILIPP MÜLLER – Der FDP-Nationalrat gehört im Bundeshaus zweifellos zu den Schwergewichten. Was hält der Aargauer von der aktuellen Politik, und wo ortet er die Hauptprobleme?

Die Karten neu gemischt

■ **Gewerbezeitung:** Stehen Sie in der neuen parlamentarischen Geografie rechts oder in der Mitte?

■ **Nationalrat Philipp Müller:** Rechts der Mitte. Aber solche Kategorisierungen sind eigentlich unwesentlich, für mich zählen nur die jeweiligen politischen Sachverhalte.

Was hat sich aus Ihrer Sicht in den neu gewählten Räten geändert?

■ Es ist noch zu früh, um Aussagen über Veränderungen zu machen. Entscheidend ist die konkrete Arbeit in den parlamentarischen Kommissionen, insbesondere in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK. Spannend wird es auch in der Staatspolitischen und in der Gesundheits- und Sozialkommission; hier dürfte alt Bundesrat Christoph Blocher seine Exekutivverfahren einbringen.

«ES WIRD NICHT EINFACHER SEIN, EINE KMU-FREUNDLICHE LINIE KONSEQUENT DURCHZUZETZEN.»

Werden die Hauptanliegen der KMU – Abbau der Bürokratie, fiskalische Mässigung und Förderung der Berufsbildung – weiter zu den Prioritäten zählen?

■ Die Karten werden in vielen Sachfragen neu gemischt. Mitentscheidend werden dabei die Positionsbezüge der Grünliberalen und der BDP sein, die jetzt mehr Gewicht haben. Wir werden auch sehen, wie sich die Reduzierung der KMU-Exponenten in der FDP- und in der CVP-Fraktion konkret auswirkt. Es wird nicht einfacher sein, eine KMU-freundliche Linie konsequent durchzusetzen.

Konkret: Rechnen Sie mit vermehrter Regulierung, einem weiteren Ausbau des Sozialstaates und höheren bzw. neuen Steuern?

■ Ich hoffe, dass das bürgerliche Lager das verhindern kann. Es braucht aber die Mithilfe der GLP und eine CVP, die sich auf ihre Wurzeln besinnt.

Wird es gelingen, die Schuldenbremse auch auf den Sozialbereich auszuweiten?

■ Dieses alte Anliegen der FDP ist heute wohl nicht mehrheitsfähig. Dabei wäre eine solche Bremse absolut nötig, als Gegensteuer zu den teilweise absurden Plänen der Linken. Wir werden alle Kräfte mobilisieren müssen, um einen Ausbau zu verhindern. Man muss kein Experte sein, um zu wissen, dass neue Lasten die Existenz unserer Sozialwerke aufs Höchste gefährden würden.

In der aktuellen Sorgenhitparade der Eidgenossen stehen Angst vor Lohn dumping und zunehmende Konkurrenzierung der Einheimischen.

ZUR PERSON

Der 59-jährige Aargauer Philipp Müller hat nach der Sekundarschule eine Lehre als Gipser/Stuckateur absolviert, um das elterliche Gipsgeschäft übernehmen zu können. Aus dem Kleinbetrieb in Reinach AG machte er innert weniger Jahre ein florierendes Generalbauunternehmen. Seit 2003 vertritt er die FDP im Nationalrat.



FDP-Hoffnungsträger Philipp Müller: «Wir haben die nötigen Gesetze und Verordnungen – nur wenden wir sie nicht an!»

schen auf dem Arbeitsmarkt weit oben. Teilen Sie diese Befürchtungen?

■ Leider ja. Mich ärgert dabei die Tatsache, dass diese Situation eine direkte Folge des mangelhaften Vollzugs ist. Wir haben die nötigen Gesetze und Verordnungen – nur wenden wir sie nicht an!

Der Ruf nach einer Revision der Personenfreizügigkeit und schärferen flankierenden Massnahmen ist aber nicht zu überhören.

■ Das Freizügigkeitsabkommen können wir nicht einseitig ändern. Bei den flankierenden Massnahmen sehe ich aber Handlungsbedarf im Bereich der Scheinselbständigen. Wir dürfen aber auf keinen Fall die Bilateralen aufs Spiel setzen und neue Eingriffe in den Arbeitsmarkt beschliessen. Für den Werkplatz Schweiz ist ein möglichst flexibler Arbeitsmarkt unerlässlich, weil er einen grossen Standortvorteil darstellt. Was starre Regulierungen bringen, kann man heute in den umliegenden Ländern sehen. Ein schöner Anblick ist es nicht.

«WIR DÜRFEN AUF KEINEN FALL DIE BILATERALEN AUF SIELE SETZEN UND NEUE EINGRIFFE IN DEN ARBEITSMARKT BESCHLIESSEN.»

Mit der Ausländerpolitik scheint es generell zu hapern. Statt Lösungen anzubieten, wartet die Politik bloss mit Kosmetik auf. Wo möchten Sie den Hebel ansetzen?

■ Eines vorab: Ständig am Asylgesetz herum zu schrauben bringt nichts. Daran glaubt höchstens noch der Ständerat, der anlässlich der Dezember-session eine Mini-Asylgesetzrevision gemacht hat, die an der Vollzugsfront nicht das Geringste ändern wird. Oberste Priorität hat die Verfahrensbeschleunigung. Dazu braucht es keine Gesetzesänderung, haben wir doch bereits im geltenden Recht Verfahrensfristen. Wenn der Ständerat diese nochmals verkürzt, hilft das überhaupt nichts, da viele der Asylsuchenden auch nach einem negativen Entscheid nicht ausgeschafft werden können. Wir brauchen also Rückübernahmeabkommen, die funktionieren. Es ist mir unverständlich, dass die Schweiz beispielsweise mit Nigeria eine sogenannte Migrationspart-

nerschaft eingeht und kein Wort darin steht, dass Nigeria endlich das Rückübernahmeabkommen aus dem Jahr 2003 ratifiziert und all ihre eigenen Leute nach einem negativen Asylentscheid zurücknimmt. All jenen Staaten, die bei der Rückübernahme ihrer eigenen Landsleute nicht kooperieren, müssen sämtliche Entwicklungs- und Hilfeleistungen gestrichen werden. Und so lange sich die Leute im Asylverfahren befinden, müssen sie in abgelegenen, vom Bund betriebenen Zentren untergebracht werden. Hier wäre das VBS gefordert, geeignete Truppenunterkünfte bereit zu stellen. Es kann ja nicht sein, dass die Schweizer Armee auf rund einen Drittel reduziert wird und keine logistischen Ressourcen frei werden sollen. Wir müssen die Asylsuchenden, die sich nicht an unsere Ordnung, an die Gesetze und unsere Spielregeln halten, dringendst von der Strasse holen, aus den Bahnhöfen, aus dem öffentlichen Raum entfernen und sie in abgelegenen Armeen Anlagen unterbringen. Das geltende Gesetz würde sogar die Verfügung einer Präsenzpflicht und die Sanktionierung mit Vorbereitungshaft zulassen. Wir haben es hier also vor allem mit einer Exekutivaufgabe und mit einem Logistikproblem zu tun.

Der für Juli 2013 geplante EU-Betritt von Kroatien und die SVP-Einwanderungsinitiative werden zwingend Volksentscheide über die Bilateralen bewirken. Ein Nein scheint nicht unwahrscheinlich zu sein...

■ Das schätze ich auch so ein. Der Bundesrat scheint das völlig zu verkennen. Erst kürzlich hat er meine Motion abgelehnt, mit der ich die Anrufung der sogenannten Ventil-Klausel bei den EU-Oststaaten verlangte. Die Einwanderung aus diesen Staaten ist seit dem 1. Mai 2011 völlig offen und untersteht keiner Kontingentierung mehr. Die Möglichkeit zur Wiedereinführung von Kontingenten ist im Freizügigkeitsabkommen ausdrücklich vorgesehen. Die Schweiz könnte per 1. Mai 2012 für zwei Jahre wieder Kontingente einführen, um die explosive Zunahme der Einwanderung aus den EU-Oststaaten zu bremsen. Die Kriterien hierfür sind bereits Ende Juli 2011 erfüllt gewesen. Die Landesregierung scheint das nicht zu kümmern. Und im Asylbereich läuft ohnehin alles aus dem Ruder. Auch hier wäre der Bundesrat gefordert. Wenn das so weiter geht, wird das Volk den Ham-

mer senken und diese Politik nicht mehr akzeptieren. Damit würde der Bundesrat zum eigentlichen Totengräber der Bilateralen Verträge.

Szenenwechsel: Sie werden in den Medien oft und gern als künftiger FDP-Chef oder Gewerbepräsident gehandelt. Sind Sie interessiert?

■ Das sgV-Präsidium ist für mich kein Thema. Bei der Besetzung der FDP-Spitze muss meiner Meinung nach nicht nur über Personen, sondern primär über die generellen Strukturen, die Rahmenbedingungen und das Vizepräsidium gesprochen werden. Insofern ist diese Frage für mich zur Zeit nicht relevant.

«DIE MEISTEN UNTERNEHMUNGEN SIND FIT UND STARK, UM AUCH IN HARTEN ZEITEN ZU BESTEHEN.»

Sie sind ein erfolgreicher Baugeneralunternehmer. Gehen Sie in Ihrer Planung für 2012 von einer grösseren Rezession aus?

■ Ich bin vor allem im Wohnungsbau tätig, der mit grosser Sicherheit bald einbrechen wird. Der Grund ist simpel: Heute wird zu oft an Orten gebaut, wo kaum Nachfrage besteht, während es an begehrten Standorten keinen oder nur sehr beschränkten Platz zum Bauen gibt. Ich habe deshalb in meiner Firma schon vor zwei Jahren das Hauptgewicht auf den Renovationsbereich verlagert. Der Schweizer Wohnungsbestand ist arg überaltert, zudem besteht ein Riesenbedarf an energetischen Sanierungen.

Gibt es in der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Lage eine Entwicklung, die Sie persönlich echt freut?

■ Ein echter Grund zur Freude ist zweifellos die hervorragende Lage, in der sich die Schweizer Wirtschaft heute (noch) befindet. Die meisten Unternehmungen sind fit und stark, um auch in harten Zeiten zu bestehen. Die schweizerische Politik muss allerdings einsehen, dass ihre Möglichkeiten beschränkt sind. Konjunkturspritzen und Eurokurs-Manipulationen sind unwirksam, weil die negativen Einflüsse aus dem Ausland stammen.

Interview: Patrick M. Lucca